



Energiekrise

Seite 3

Inhalt

Seiten 3-4

Energiekrise: Zusätzliche
Maßnahmen dringend erforderlich

Seite 5

Meldungen

Seite 6

Vom Studium in die Prekarität?

Seite 7

Über Files: Der Wolf im Schafstall

Seiten 8-10

Dossier: Die Luftfahrt erlebt eine
Form von Long Covid

Seite 11

Bezahlter Bildungsurlaub

Seiten 12-13

Gewerkschaftserfolge

Seiten 14-15

CNE Info

Seite 16

Kundgebung in Brüssel

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Vera Hilt Liliane Louges
Angela Mertes Jochen Mettlen
Maryline Weynand

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

Öffnungszeiten & Kontakt

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHER DIENST

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St.Vith

087/85 99 33 • sj.verviers@acv-csc.be

SOZIALSPRECHSTUNDEN

CSC Eupen

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

CSC St.Vith

087/85 99 32 • csc.stvith@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith

087/85 99 33 • sj.verviers@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen

087/85 99 49 • grenzgaenger.deutschland@acv-csc.be

Alle CSC-Dienste sind auch telefonisch und per Mail für Sie da. In dringenden Fällen sind Terminabsprachen möglich. Ihre Dokumente können Sie ebenfalls in den Außenbriefkästen unserer Dienstleistungszentren hinterlegen.



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien



Energiekrise: Zusätzliche Maßnahmen dringend erforderlich

Der befürchtete anhaltende Anstieg der Energiepreise löst in vielen Haushalten enorme finanzielle Ängste aus. Die Zahl der Menschen, die Gefahr laufen, schnell mit Zahlungsproblemen konfrontiert zu werden, wächst weiter. Politische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Machtebenen sind kontraproduktiv und unverständlich. Weitere Maßnahmen müssen sehr schnell ergriffen werden.

Die Senkung der Mehrwertsteuer auf die Energiepreise hat keine zufriedenstellende Antwort auf den exponentiellen Anstieg der Energiekosten in den letzten Monaten gegeben und wird keine grundlegende Lösung darstellen. Trotz der Verlängerung des erweiterten Sozialtarifs wird die Zahl der Haushalte in Zahlungsverzug kurzfristig exponentiell ansteigen. Schlimmer noch, die Situation ist für viele Haushalte so kritisch, dass die strukturelle Veranke-

rung eines noch breiteren Sozialtarifs der einzige Weg zu sein scheint, diese Krise zu überwinden. Es wird auch immer deutlicher, dass einer großen Gruppe von Menschen, die ihren Anspruch auf den Sozialtarif noch nicht beantragt haben, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Was die Marktpreise betrifft, so sind die langfristigen Aussichten besorgniserregend. Es muss daher schnell eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Machtebenen herge-

stellt werden, und letztere müssen zusätzliche Anstrengungen unternehmen, wenn wir in den kommenden Monaten ein soziales Drama vermeiden wollen:

- Das Lohnnormgesetz von 2017 muss angepasst werden. Dieses Gesetz verhindert jeglichen Spielraum für Lohnverhandlungen. Aufgrund des Lohnnormgesetzes kann der Lohnausfall, der sich aus der Differenz zwischen der Inflation (stark beeinflusst durch die Energiekrise) und dem Gesundheitsindex ergibt, nicht kompensiert werden, was zu einer Senkung der Reallöhne führt.
- Der derzeitige Mechanismus des Energiemarktes, der auf den internationalen Gaspreisen basiert, stößt eindeutig auf inakzeptable sozioökonomische Grenzen. Die CSC stellt fest, dass es ohne erhebliche staatliche Eingriffe in den kommenden Jahren unmöglich sein wird, akzeptable Tarife, Versorgungssicherheit und die Produktion grüner Energie zu erreichen. Es ist unerlässlich, dass schnell gehan-



delt wird: Der Mechanismus für die Preisfestlegung muss überprüft werden.

- Der Energiesektor macht surreale Supergewinne. Die öffentliche Hand muss alles daran setzen, dass diese überschüssigen Gewinne an die Gemeinschaft und nicht an die Aktionäre zurückgeführt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Unternehmen und ihre Aktionäre riesige Gewinne aus der aktuellen Krise ziehen, während diese viele Haushalte und Unternehmen in große Schwierigkeiten bringt.
- Bei einer möglichen Überarbeitung dieser Marktmechanismen im Rahmen des Übergangs zu erneuerbaren Energien ist es wichtig, der Preisstabilität mehr Aufmerksamkeit zu schenken, indem die Bürger (Genossenschaften) einbezogen werden. Die Regionen und die Deutschsprachige Gemeinschaft müssen auch die Möglichkeiten für Renovierungen fördern und beschleunigen, damit jeder energiesparende Renovierungen durchführen kann, gegebenenfalls durch die Gewährung einer kollektiven (Vor-)Finanzierung. Haushalte, die nicht in der Lage sind, Kredite aufzunehmen, müssen auch die Möglichkeit haben, selbst Energie zu produzieren. Die regionalen Prämien für Renovierungen und die (auslaufenden) Beihilfen für den Kauf von Photovoltaikmodulen

reichen für eine große Mehrheit der Bevölkerung nicht aus. Die Anstrengungen der Behörden in diesem Bereich müssen deutlich verstärkt werden.

- Der Finanzrahmen für das Wohlbefinden - mehr als 900 Mio. Euro -, der zur Erhöhung der Renten und Sozialleistungen bestimmt ist, kann nicht genutzt werden, weil die Arbeitgeberverbände ihre Zusammenarbeit zur Ausarbeitung einer Stellungnahme für die Regierung verweigern. Das Gesetz sieht jedoch vor, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber bis zum 15. September Zeit haben, der Regierung eine Stellungnahme zur Zuweisung dieses Betrags zu liefern. Diese Weigerung ist unverständlich, gerade in einer Zeit, in der die Dringlichkeit real ist, insbesondere für die niedrigsten Einkommen. Die CSC möchte, dass die Arbeitgeberverbände ihre destruktive Haltung rasch aufgeben. Andernfalls wird es Sache der Regierung sein, am 16. September über die Zuweisung dieses Finanzrahmens zu entscheiden.

Am 21. September findet in Brüssel eine Kundgebung der Gewerkschaften statt. Zentrale Themen sind die explodierenden Energierechnungen und die steigenden Lebensmittelpreise. Weitere Infos finden Sie auf Seite 16.



KOMMENTAR

Der Angst schnell ein Ende setzen!

Kaum hat unser Land die Corona-Krise überwunden, muss es jetzt eine Energiekrise ohne ihresgleichen bewältigen. Die steigenden Gas- und Strompreise drohen viele Menschen in die Armut zu treiben.

Weil das Geld am Ende des Monats knapp wird, macht sich bei Familien die Angst breit. Als Gewerkschaft geben wir natürlich nicht auf. Ein erstes Treffen ist bereits für den 21. September in Brüssel geplant, um „Basta. Es reicht!“ zu sagen. Es müssen schnell dringende Maßnahmen ergriffen werden, um die Kaufkraft wiederherzustellen. Bei unserem Treffen mit der Regierung haben wir insbesondere die Ausweitung des Sozialtarifs auf niedrige und mittlere Löhne gefordert. Das ist eine der wirksamsten Maßnahmen, um schwierige Monatsenden zu bewältigen. Es sollten auch wieder feste Energieverträge eingeführt werden, um die zu zahlenden Rechnungen einplanen zu können. Und schließlich müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Begleitmaßnahmen nutzen können, wenn Unternehmen vorübergehend schließen müssen.

Mittelfristig muss der europäische Energiemarkt reformiert werden, um die Preisschwankungen zu beenden. Unternehmen, die hohe Übergewinne erzielen, müssen sich steuerlich an den Maßnahmen der öffentlichen Hand zur Entlastung der Haushalte beteiligen. Das ist eine gerechte Verteilung des von den Unternehmen geschaffenen Wohlstands.

Hinzu kommt schließlich die Notwendigkeit, weiterhin massiv in Übergangsmaßnahmen zu investieren, um die nächsten Krisen anzugehen und die strategische Autonomie bestimmter Sektoren zu überdenken. Die ökologischen und sozialen Herausforderungen, vor denen wir stehen, rufen uns auf, unsere Denkweise zu ändern. Nein, Ohnmacht ist keine Option mehr.

Marie-Hélène Ska,
CSC-Generalsekretärin

Klage gegen PostNL und GLS: Sozialdumping in Lieferunternehmen an der Wurzel packen

In den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass es bei Paketzustellunternehmen sehr üble Praktiken gibt. Aufgrund einer langen Kette von Subunternehmern sind die Fahrer stark unterbezahlt, die Arbeitstage sind sehr lang, es gibt Unsicherheit im Straßenverkehr, Schwarzarbeit und sogar Kinderarbeit. Dieser Sachverhalt führte zu einer strafrechtlichen Untersuchung bei PostNL und GLS; beide Unternehmen wurden vor dem Gericht erster Instanz in Antwerpen verklagt. Heute findet eine wichtige Anhörung in diesem Prozess statt: Dieser Tag wird den Plädoyers der Parteien, insbesondere der CSC, gewidmet sein.

In der Zwischenzeit setzen PostNL und GLS wie die meisten anderen Paketzustellunternehmen weiter-

hin auf Subunternehmer, mit den bekannten Konsequenzen. Paketzustellunternehmen lehnen immer jede Verpflichtung zu einer ordnungsgemäßen Behandlung ihrer Zusteller ab. Im Gegenteil, sie üben weiterhin Druck auf ihre Subunternehmer aus, indem sie ihnen Sklavenverträge auferlegen, obwohl sie genau wissen, dass sie diese zu illegalen Situationen zwingen. In der langen und nebulösen Kette des Zulieferwesens können die Unternehmen diese Verantwortung jedoch immer noch auf Subunternehmer abwälzen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, diesen Missbrauch an der Wurzel zu packen, die Sponsoren solcher Systeme in die Verantwortung zu nehmen und sie bestrafen zu können. Deshalb

müssen die Rechtsvorschriften über die Mithaftung an die neuen Formen des Betrugs angepasst werden, damit die wahren Verantwortlichen sich nicht mehr aus der Verantwortung ziehen können. Wir fordern Ministerin De Sutter auf, rasch ein ehrgeiziges Postgesetz auszuarbeiten. Sie muss auch das Verbot der Bereitstellung verschärfen.

Gleichzeitig müssen die Inspektionsdienste über ausreichend personelle und finanzielle Mittel verfügen, um die Anwendung der Vorschriften vor Ort kontrollieren zu können. Dies ist derzeit nicht der Fall.



„FESTIVAL DER NACHHALTIGEN ERNÄHRUNG“

Die CSC Liège-Verviers-Ostbelgien, der CIEP und andere lokale Partner organisieren am 16. und 17. September „Nourrir Fléron“, ein Festival zur Förderung nachhaltiger Ernährung.

Ziel ist es, bewusst über den Inhalt unserer Teller nachzudenken und die lokale, zugängliche und qualitativ hochwertige Produktion ins Rampenlicht zu stellen. Verschiedene Veranstaltungen sind geplant: praktische Workshops, Diskussionsabend zum Film „Tandem local“, Besuche bei lokalen Produzenten, gemütliches Beisammensein...

Festival der nachhaltigen Ernährung, am 16. und 17. September in Fléron.

Infos und Einschreibungen:

<https://lacsc.co/festival-nourrir-fleron>



Vom Studium in die Prekarität?

Der Eintritt in den Arbeitsmarkt ist für Studienabgänger ein entscheidender Moment, in dem sie in Ermangelung von sozialer Absicherung mittellos dastehen. Die Jung-CSC will der Misere am Anfang der Karriere ein Ende setzen.

Tausende von jungen Menschen, die gerade ihr Studium abgeschlossen haben, sehen dem Eintritt in den Arbeitsmarkt mit einem mulmigen Gefühl entgegen. Nach ihrer Eintragung als Arbeitsuchender bei den Arbeitsämtern (ADG, Forem, Actiris oder VDAB), durch die ihre einjährige Berufseingliederungszeit beginnt, erhalten sie keinerlei finanzielle Unterstützung... aber ihre aktive Arbeitssuche wird zweimal überprüft.

Nach zwei positiven Beurteilungen erhalten die Jugendlichen, die keine Arbeit gefunden haben, schließlich Zugang zur sozialen Sicherheit und zu Eingliederungszulagen. Aber gilt das für alle? Bei weitem nicht! 2012 schränkte die Regierung Di Rupo den Zugang zu den Eingliederungsbeihilfen ein, und die Regierung Michel verschärfte ihn später noch. Eine vor kurzem veröffentlichte Studie zeigt, dass diese Politik bei der Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt unwirksam ist. Sie führt auch zu einer explosionsartigen Zunahme der Leiharbeit (Interim), die junge Menschen zu einer Zukunft „Woche für Woche“ verurteilt.

Alarmierende Verarmung

Nicolas berichtet: „Ich wohne zurzeit bei meinen Eltern, die mir ein Taschengeld von 50 Euro geben. Es wird nicht einfach sein, nach meinem Studium einen Job zu finden, wenn ich keine zusätzliche Unterstützung bekomme. Mit 50 Euro kann ich nicht alle Ausgaben meiner Arbeitssuche decken.“ Francis sieht, was auf ihn zukommt: „Es ist für mich jetzt schon ein Balanceakt, um anhand von Studentenjob, Unterstützung durch die Familie, Sparen und ÖSHZ über die Runden zu kommen. Ich werde 25 sein, wenn ich mein Studium abschließe. Und dann soll ich ein Jahr lang keinen Cent erhalten?“



© Jeunes CSC

Die Jung-CSC will die Misere am Anfang der Karriere beenden.

Seit mehreren Jahren stellt die Jung-CSC eine alarmierende Verarmung der Jugend fest. Die 15- bis 24-Jährigen sind die Altersgruppe mit dem zweithöchsten Armutsrisiko. Diese Situation ist in einem reichen Land wie Belgien unannehmbar. Heute sind 36 % der Bezieher des Eingliederungseinkommens zwischen 18 und 24 Jahre alt (obwohl sie nur 10,2 % der Bevölkerung ausmachen). 2019 bezogen fast 23.000 Studierende Geld vom ÖSHZ (2003 waren es 4.500).

Die Misere beenden

Um jungen Menschen den Zugang zur sozialen Sicherheit zu ermöglichen, startete die Jung-CSC eine Petition und die Kampagne „Stoppt die Misere am Anfang der Karriere!“, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und Druck auf die Regierung auszuüben.

„Stoppt die Misere am Anfang der Karriere!“ Mehr Geld, mehr soziale Sicherheit, mehr Würde

- Für die Möglichkeit, bis zum Alter von 30 Jahren Zugang zur sozialen Sicherheit zu erhalten
- Für einen zeitlich unbegrenzten Zugang zu diesem Schutz
- Für eine kürzere Wartezeit für den Zugang zur Sozialversicherung von 75 Tagen

Mehr Infos: www.diecsc.be



Uber Files: Der Wolf im Schafstall

Im Juli wurden die „Uber Files“ in der Presse veröffentlicht. United Freelancers (UF) und die CSC Transcom reagierten auf das Datenleck über die Praktiken der Plattform.

Die Artikel aus der journalistischen Recherche, die auf Tausenden von vertraulichen Dokumenten von Uber basiert, bestätigen das, was United Freelancers und die CSC Transcom seit langem kritisieren: die aggressive Lobbying-Strategie des amerikanischen Unternehmens und der organisierte Druck der Behörden, unter anderem auch durch Gewalt.

„Diese Dokumente bestätigen nur, was sowieso schon offensichtlich war. Es liegt nicht an der Veröffentlichung des Fotos eines belgischen Ministers, der im Januar 2018 in Davos eine Vizepräsidentin von Deliveroo beruhigt, dass in Belgien eine Revolte ihrer Kurier die Plattform bedroht. Auf der einen Seite erklärt das Kabinett des Ministers, die Arbeiter zu verstehen, auf der anderen verhätschelt er die Lobbyisten.“

Käufliche Gesetze

Dass Uber Ende 2020 in Kalifornien eine sogenannte „Bürgerinitiative“ ins Leben rief, um dem Gesetz des Staates entgegen zu wirken, ist im demokratischen Sinne ebenso aufschlussreich. Uber behauptet, dass dies alles der Vergangenheit angehört. Für UF und die CSC Transcom ist dieses Verhalten „einfach und irreführend. Wenn diese Plattformen heute so einflussreich sind, dann nur, weil ihre Implantierungsstrategie stark und brutal war und sie unumgänglich werden wollten.“ Darüber hinaus sind sie der Meinung, dass der Aktivismus der Plattformen noch nie so stark war, um den verschiedenen Gesetzgebungsvorhaben entgegenzuwirken, die darauf abzielen, ihre Tätigkeit zu legalisieren und gleichzeitig den Rahmen auf ein Minimum zu beschränken. Aber wäre dieses Minimum schon zu viel? „Unter dem Druck der Urteile, die die Illegalität



© Shutterstock

Uber setzt auf regionale Unterschiede, indem es Autos aus anderen Regionen in Brüssel fahren lässt.

des Uber-Systems festgestellt haben, reformiert die Region Brüssel ihren Taxi-Sektor. Es geht darum, die Plattformen förmlich zu regeln, aber für Uber scheint der Rahmen immer noch zu eng. Aus diesem Grund setzt das Unternehmen auf regionale Unterschiede und lässt Autos aus anderen Regionen in Brüssel fahren, um den Brüsseler Markt in die Luft zu sprengen.“

Scheinheiligkeit

Die belgische Regierung ihrerseits müsste bald ihren „Beschäftigungsdeal“ verabschieden, der ein Kapitel über die Plattformwirtschaft enthält. „Das Ziel besteht darin, eine Vermutung der Arbeitnehmereigenschaft für die Beschäftigten der Plattformen zu schaffen, um der enormen Unsicherheit, die gegenwärtig herrscht, Einhalt zu gebieten. Aber der Gesetz-

entwurf wurde durch die Lobbyarbeit der Plattformen, die von einigen Kabinetten bereitwillig weiterverbreitet wurde, komplett ausgehöhlt.“ Auf europäischer Ebene wurde der Richtlinienentwurf, der ebenfalls in Richtung einer Vermutung der Arbeitnehmereigenschaft unter bestimmten Bedingungen ging, eingereicht. „Aber er ist Gegenstand intensiver Guerillakämpfe, um ihn, wie in Belgien, von seinem Inhalt zu befreien.“

Schlussfolgerung von UF und der CSC Transcom: „Plattformen (und einige ihrer Verbündeten) wissen, dass sie die Arbeitsregeln der Zukunft entwerfen. Die Uber Files zeigen die Heuchelei einiger Akteure auf, die nur ihr eigenes Interesse verfolgen, und sicherlich nicht den Fortschritt der Menschheit.“ Wird diese journalistische Untersuchung endlich wahrüteln?



PETITION

Unterzeichnen Sie die Petition des Europäischen Gewerkschaftsbundes, um von den Regierungschefs der EU und den Mitgliedern des EU-Parlaments zu verlangen, dass sie den Lobbyisten von Uber und anderen Plattformen nicht länger Gehör schenken:

<https://act.wemove.eu/campaigns/stop-uber>





Die Luftfahrt erlebt eine Form von Long Covid



Die zivile Luftfahrt ist der Industrie- und Wirtschaftssektor, der am stärksten von der Pandemie betroffen ist. Welche Herausforderungen müssen bewältigt werden, um den Fortbestand der Branche zu sichern, während die Auswirkungen der Krise noch mehrere Jahre lang spürbar sein werden?

Lockdowns, nahezu Einstellung des zivilen und kommerziellen Flugverkehrs, Stornierung von Flugzeugbestellungen (Airbus, Boeing,...), Dominoeffekt in allen Zulieferbetrieben, dann bei den Zulieferern der Zulieferer... Wie ein Tsunami hat der unerwartete Ausbruch von Covid-19 die weltweite Luftfahrtindustrie mit atemberaubender Geschwindigkeit verwüstet und auch die Unternehmen und Arbeitnehmer in Wallonien und Brüsseler nicht verschont.

Sich erholender Sektor

Vor der „Gesundheitskrise“ wuchs der Flugzeugmarkt schneller als die Weltwirtschaft (zwischen 4,6 und 6 % jährlich). Experten prognostizierten für den Zeitraum 2020 bis 2030 eine massive Produktion von 22.000 (!) neuen Flugzeugen, um vor allem alte und umweltschädliche Flugzeuge zu ersetzen. Zu Beginn des ersten Lockdowns wurde zwar eine rasche Erholung in Aussicht gestellt, aber die gesamte Branche leidet noch immer

unter den Folgen. Der Aufschwung (auf den Stand von 2019) wird bestenfalls erst 2025 eintreten. Und der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine begünstigt nicht gerade die Erholung.

In Wallonien sind die Umsätze seit knapp zwei Jahren generell um 50 % zurückgegangen, und die Auftragsbücher sind leer. Die Prognosen für die nächsten zehn Jahre sind zumindest schwierig, mit einem geschätzten Rückgang der Geschäftstätigkeit um 25 bis 50 %. Einige große Unternehmen mussten 30 bis 50 Prozent oder sogar mehr ihrer Mitarbeiter in die Corona-Kurzarbeit schicken. Im September 2021 erreichten die inner-europäischen Flüge 70 % des Stands von 2019. Darüber hinaus waren die schwierige Versorgung mit Ersatzteilen, die Produktion verlangsamen- de Gesundheitsvorschriften und der hohe Anteil an Fehlzeiten nicht förderlich für die Arbeitsbedingungen. Unternehmen wie Hexcel Composites in Welkenraedt oder Shur-Lok

in Petit-Rechain mussten Umstrukturierungen vornehmen, und in der gesamten Branche wurde massiv auf Kurzarbeit zurückgegriffen. In gewisser Weise erlebt der Luftfahrtsektor eine Form von Long Covid... Unter diesen Umständen fordern die ACV-CSC Metea und die Flugzeughersteller, dass die vorübergehende Arbeitslosigkeit aus wirtschaftlichen Gründen so lange wie nötig verlängert wird, damit die Branche die schlimmste Krise ihres Bestehens so gut wie möglich überstehen kann.

Gefahren...

Die Coronakrise bedroht auch die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Erstens werden andere Regionen der Welt deutlich stärker unterstützt als unsere. Zweitens könnten die Aussichten in diesem Sektor eine Abwanderung von Arbeitnehmern in andere Branchen begünstigen, so dass in der Luftfahrtindustrie ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitnehmern mit in-

ternational anerkanntem Know-how und Erfahrung auftreten könnte. Mit einem geschätzten Umsatz von 1.350 Millionen Euro, mehr als 5.500 direkten Arbeitsplätzen und 100 aktiven Unternehmen stellt der wallonische und Brüsseler Luftfahrtsektor jedoch mehr als 70 % der Luftfahrtaktivitäten in Belgien dar, was einen starken Multiplikatoreffekt für die übrige Wirtschaft mit sich bringt.

... und Chancen

Die Klimaproblematik wird zu einer großen Herausforderung. Die Gesellschaft von morgen wird genauso viel reisen wie früher, aber nicht mehr auf dieselbe Art und Weise. Die Krise kann auch als Katalysator für die Einführung einer neuen Generation umweltfreundlicherer Flugzeuge betrachtet werden: Die Industrie ergreift immer mehr Initiativen, um leichtere Flugzeuge mit innovativen Treibstoffen wie Wasserstoff oder... Frittieröl fliegen zu lassen. Auf lokaler Ebene hat die wallonische Regierung kürzlich beschlossen, Wings („Walloon innovations for green skies“) ins Leben zu rufen. An diesem sehr ehrgeizigen Forschungsprojekt im Bereich Technologie und nachhaltige Entwicklung sind drei große Unternehmen beteiligt: Safran, Sonaca und Thales. Die ACV-CSC Metea begrüßt zwar die Konjunkturprogramme und innovativen Initiativen, bleibt aber vorsichtig. Reichen die Beträge der Konjunkturpakete aus? Die Pläne müssen möglichst schnell umgesetzt werden und den Übergang der Luftfahrtindustrie finanzieren.

Gigantische gewerkschaftliche Herausforderung

Auf europäischer Ebene werden die Ambitionen des „Fit for 55“-Pakets der EU-Kommission die Spielregeln für die Flugzeughersteller erheblich verändern. Dieses Paket strebt nämlich die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 an. Das bedeutet natürlich für die europäische Luftfahrtindustrie, dass sie sich schon heute mit dem gesamten Produktionsprozess von Flugzeugen auseinandersetzen muss. Das bedeutet zunächst einmal effizientere Flugzeugmotoren und leichtere Flugzeuge. Aber das reicht nicht aus, denn das größte Manco von Flugzeugen ist zweifelsohne nicht deren Produktion, sondern ihre Nutzung. Dies wird also nachhaltige

Treibstoffe sowie einen effizienteren Luftverkehr erfordern. Die Herausforderung ist schlichtweg gigantisch. Um das Ausmaß der Herausforderung vor Augen zu führen, wurde Anfang Februar dieses Jahres die „Erklärung von Toulouse“ unterzeichnet. Diese Erklärung ist die allererste öffentlich-private Initiative, die das Ziel einer CO2-neutralen europäischen Luftfahrt bis zum Jahr 2050 unterstützt. Es ist die erste gemeinsame Initiative dieser Art in einer Welt, die alle Interessengruppen in der Europäischen Union auf die Grundsätze und Maßnahmen ausrichtet, die für die Dekarbonisierung und den Wandel des europäischen Luftfahrtsektors erforderlich sind. Bemerkenswert ist, dass die Erklärung (glücklicherweise) nicht nur wirtschaftlich ist, sondern auch den sozialen Dialog einschließt.¹

Einen integrativen und gerechten Übergang fördern

Für IndustriAll Europe, den europäischen Gewerkschaftsverband des Sektors, und die Berufszentrale ACV-CSC Metea ist es von grundlegender Bedeutung, die Welt und die Arbeit von morgen zu antizipieren, um nicht die Kosten der Übergänge tragen zu müssen. Wie die Gewerkschaften nur allzu gut wissen, wird der Wandel zum Vorwand für Entlassungen, wenn er nicht rechtzeitig angegangen wird. Der Arbeitnehmer muss im Mittelpunkt stehen und dies auch bleiben, insbesondere in dieser entscheidenden Phase. Dementsprechend werden auch gewerkschaftlich die Kräfte gebündelt, und die Arbeit hat bereits begonnen. Bei der ACV-CSC Metea

Thales Alenia Space produziert Leistungselektronik für Satelliten und Trägerraketen.



Weltweit anerkannte Akteure

Zu den großen Akteuren in Wallonien und Brüssel gehören Weltmarktführer, die die meisten Zivilflugzeuge ausstatten. Dieser Sektor umfasst anerkannte Großunternehmen wie:

- **Sonaca** (Charleroi): weltweit führendes Unternehmen für die Vorderkanten von Tragflächen - 1.379 Arbeitnehmer.
- **Safran Aero Boosters** (Lüttich): weltweit führendes Unternehmen für Niederdruckkompressoren - 1.387 Arbeitnehmer.
- **Sabca** (Charleroi und Brüssel-Haren): Strukturen und Wartung - 752 Arbeitnehmer.
- **Thalès Alenia Space** (Charleroi): bordeigene Kommunikationssysteme - 538 Arbeitnehmer.

geben die Gewerkschaftssekretäre alles, um einen komplexen Alltag zu bewältigen und die tiefgreifenden Auswirkungen zu antizipieren, die diese Krise, aber auch der grüne und digitale Wandel zweifellos auf die Arbeitnehmer in der Luftfahrtindustrie haben werden. Sie beteiligen sich voll und ganz an den Aktionsforschungsinitiativen, die eingerichtet wurden, um gewerkschaftliche Initiativen zu koordinieren und einen inklusiven und gerechten Übergang zu fördern.

¹ Die Stakeholder erkennen die soziale Dimension des Übergangs zu einer nachhaltigen Luftfahrt und die Bedeutung der Förderung sozialer Nachhaltigkeit und eines gerechten Übergangs an, insbesondere durch einen angemessenen sozialen Dialog, der in allen Phasen geführt wird, sowie durch die Verbesserung der Qualifikation und Kompetenz der Arbeitnehmer.

„Die Luftfahrt wird ein wichtiger Sektor bleiben“

Paolo Piccicuto ist Hauptdelegierter der ACV-CSC Metea am Sitz der Sonaca in Gosselies. Er berichtet über die „Corona“-Turbulenzen, die diesen wallonischen Hauptakteur in der Herstellung und Montage von Teilen und Komponenten von Flugzeugstrukturen wie auch die gesamte Branche beuteln.

Wie hat sich Corona auf die Aktivitäten der Sonaca ausgewirkt?

Die Einstellung des Flugbetriebs wirkte sich auf die gesamte Luftfahrtbranche aus. Wir verzeichneten einen Produktivitätsrückgang von circa 45 %, der hauptsächlich auf den Rückgang der Aktivitäten von Airbus, unserem Hauptauftraggeber, zurückzuführen war. Der Beginn der Corona-Pandemie war aufgrund der sehr hohen Gebühren für verspätete Lieferungen, die wir möglicherweise zu zahlen hatten, sehr heikel. Einige Bereiche wurden stillgelegt. Der Neustart und die Wiedereingliederung des Personals erfolgte schrittweise. Heute sind wir je nach Sektor 20 bis 25 % weniger ausgelastet.

Welche Auswirkungen hatte das auf das Personal?

Organisatorisch wurde von drei auf zwei Schichten umgestellt. Diese wurden zeitlich verschoben, um zu vermeiden, dass die Arbeitnehmer der Schichten sich begegneten. Wir waren äußerst wachsam, denn wir konnten es uns nicht leisten, nicht zu liefern. Staus an den Montagestraßen wären katastrophal gewesen. Im weiteren Sinne hat auch die Kurzarbeit dazu beigetragen, den Schaden zu begrenzen. Diese Maßnahmen wurden mit einem Abgangsplan (Vorruhestand mit interessanten Anreizen) kombiniert. Dieser Plan hat uns vor der Umstrukturierung gerettet.

Wie hat sich Corona auf LMI Aerospace, die amerikanische Tochtergesellschaft der Gruppe, ausgewirkt?

In den USA gibt es keinen Sozialschutz und die Arbeitnehmer sind nicht durch Verträge gebunden wie hier. Es kam zu massiven Ent-

lassungen: fast 1.000 Personen verloren ihren Job.

Sind die Auswirkungen des ökologischen Wandels schon zu spüren?

Wir bewegen uns in Richtung grünerer Materialien mit viel Carbon. Die Sonaca-Entwicklungsabteilung arbeitet derzeit an zahlreichen Projekten, die die Herstellung leichter Tragflächen ermöglichen sollen. So werden beispielsweise neue Landeklappen und Flügelvorderkanten entwickelt, die durch den Einsatz von Verbundwerkstoffen die Umweltbelastung reduzieren. Zurzeit wird auch ein neues elektrisches Enteisungssystem für die Flügelvorderkanten entwickelt.

Gefährdet der ökologische Wandel die Beschäftigung?

Eine Flügelvorderkante ist viel Handarbeit. Die zunehmende Verwendung von Carbon in einem Stück könnte sich jedoch langfristig auf das Nieten auswirken. Aber man bereitet sich unter anderem durch Schulungen auf die Zukunft vor. Wir haben zum Beispiel vor einigen Jahren mit dem Arbeitsamt in eine Maschine investiert, mit der man Carbon gießen kann. Das Arbeitsamt schickt Leute zu uns, um sie auszubilden.

Wie sehen Sie die Branche in zehn Jahren?

2022 ist ein sehr schwieriges Jahr. Eine Erholung ist für 2024/2025 zu erwarten. In der Zukunft werden Tausende von Flugzeugen produziert werden. Airbus plant zum Beispiel, bis 2025 monatlich 65 A320 zu bauen. Das ist enorm. Alle elementaren und großen Teile werden bei uns entwickelt und hergestellt. Die Branche verändert sich, aber an der Luftfahrt wird man nicht vorbeikommen.

Bis 2025 will Airbus 65 A320 pro Monat bauen.



© Shutterstock

Bezahlter Bildungsurlaub

„Tick-Tack, Tick-Tack...“: der Countdown läuft. Die Anträge auf bezahlten Bildungsurlaub müssen bis zum 31. Oktober spätestens beim Arbeitgeber eingereicht werden. Aufruf an berufstätige Frauen: Nehmen auch Sie diesen Bildungsurlaub in Anspruch.

Der bezahlte Bildungsurlaub (BBU) ist ein wichtiger Erfolg der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung: Er soll es den Arbeitnehmern ermöglichen, sich unter Bezahlung weiterzubilden, um ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu verbessern oder neue zu erwerben. Und zwar nicht unbedingt in Bezug auf den Arbeitsplatz oder die Ausbildung, die sie zu Beginn haben. Der BBU ist also ein Recht des Arbeitnehmers, sofern die Ausbildung, an der er teilnimmt, zugelassen ist.

Bedingungen für den Zugang

Voraussetzung ist, dass Sie als Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft oder als Vertragsbeschäftigter in einem autonomen öffentlichen Unternehmen mindestens 80 % der Arbeitszeit arbeiten. Wenn Sie weniger als 4/5 der Zeit arbeiten, aber mit variablen Arbeitszeiten, können Sie alle im Rahmen des BBU anerkannten Bildungsmaßnahmen absolvieren. Wenn Sie hingegen eine Teilzeitbeschäftigung (weniger als 80 %) mit festen Arbeitszeiten ausüben, haben Sie nur während Ihrer Arbeitszeit Anspruch auf den BBU für eine Berufsausbildung.

Diese Bedingungen erklären sicherlich zu einem großen Teil, warum Frauen den bezahlten Bildungsurlaub sehr viel weniger in Anspruch nehmen als Männer. In der wallonischen Region zum Beispiel nutzen Frauen den BBU 2,33 Mal weniger!¹

Angesichts des anhaltenden Ungleichgewichts bei der Aufteilung der Haushaltsaufgaben zwischen Männern und Frauen nehmen Frauen im Schichtdienst außerdem weitaus seltener an Ausbildungskursen teil als Männer.

Wir verweisen daher auf das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub, um zu versuchen, diese Diskrepanzen möglichst abzubauen. Konkret muss der Antrag auf BBU, wie auf der Website der CSC² nachzulesen ist, eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllen:

- Der Antrag wird gestellt, indem dem Arbeitgeber die reguläre Einschreibebescheinigung für bezahlten Bil-

dingsurlaub, die vom Organisator der Fortbildung ausgestellt wird, vorgelegt wird.

- Beginnt die Ausbildung im September oder Oktober, muss die betreffende Bescheinigung bis spätestens 31. Oktober des laufenden Schuljahres vorgelegt werden.
- Die Anzahl der Stunden, auf die der Arbeitnehmer Anspruch hat, ist auf die Stunden beschränkt, die er tatsächlich an dem Kurs teilgenommen hat, und liegt je nach Art des/der besuchten Kurses/Kurse zwischen 80 und 180 Stunden pro Schuljahr. Für Teilzeitbeschäftigte wird diese Stundenzahl im Verhältnis berechnet.
- Der bezahlte Bildungsurlaub muss während der Ausbildungszeit genommen werden. Bei Kursen, die außerhalb der Arbeitszeiten stattfinden, müssen Sie keinen BBU nehmen, um den Kurs zu besuchen. Sie können also Ihr BBU-Kontingent nutzen, um an einem anderen Tag Urlaub zu nehmen, wenn Sie normalerweise zwischen Beginn und Ende der Ausbildung arbeiten.
- Wenn Sie einen BBU nehmen, erhalten Sie weiterhin Ihren normalen Lohn zu den üblichen Zeiten. Der berücksichtigte Bruttolohn ist jedoch gedeckelt (2.987 Euro für das Schuljahr 2020-2021). Der Arbeitgeber erhält dann eine Rückerstattung von der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Eine regionale Kompetenz

Seit der 6. Staatsreform ist das System regionalisiert. In Flandern wurde es vollständig reformiert und zielt jetzt nur noch auf arbeitsmarktorientierte Ausbildung ab. In Wallonien und Brüssel werden manchmal auch die Grundlagen des Systems (in erster Linie die Emanzipation des Arbeitnehmers) in Frage gestellt.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist seit dem 1. Januar 2016 der Fachbereich Ausbildung und Unterrichtsorganisation des Ministeriums (Gospertstraße 1 in 4700 Eupen; bildungsurlaub@dgov.be) für den Bereich bezahlter Bildungsurlaub zuständig. Mehr Infos zu diesem Thema finden Sie auch im Bildungsportal der DG unter www.ostbelgienbildung.be.

Der bezahlte Bildungsurlaub hat sich jedoch im Laufe der Zeit weitgehend bewährt, da er Tausenden von Arbeitnehmern eine Ausbildung in Bereichen ermöglicht hat, die für sie von Bedeutung waren bzw. sind. Es muss daher darauf geachtet werden, dass der bezahlte Bildungsurlaub weiterhin die Emanzipation und die Wünsche der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt.

¹ Quelle: *Congé éducation payé, année académique 2018-2019, le Forem*

² www.diecs.be



Gewerkschaftliche Erfolge und Fortschritte

Trotz des schwierigen Kontextes verhandelt und kämpft die CSC unermüdlich weiter, um das Schlimmste zu verhindern, den Alltag zu verbessern und die Zukunft zu gestalten. Es folgt ein nicht erschöpfender Überblick der gewerkschaftlichen Fortschritte im Sozialjahr 2021-2022.

In den Unternehmen

AGC Moustier: Historischer Fortschritt



Nach einem zehntägigen Streik - dem ersten seit 40 Jahren - erzielten die nationale Führung und die gewerkschaftliche Gemeinschaftsfront eine Einigung, die die Erwartungen der Arbeitnehmer übertraf.

Flughafen von Charleroi: Das Schlimmste wurde verhindert

Pandemie, mangelnde Diversifizierung der Tätigkeiten... Im März 2021 stand der Flughafen Charleroi vor dem Konkurs. Die Vorschläge der Direktion, die ohne Konzertierung und Transparenz unterbreitet wurden, waren inakzeptabel. Nach sechsmonatigen Verhandlungen und zwei Arbeitsniederlegungen wurde am 30. Dezember 2021 ein Sozialabkommen zur Rettung des Flughafens unterzeichnet. Das dreijährige Abkommen schützt die schwächsten Arbeitnehmer.

TI Group Automotive Systems: viele Erfolge



Im Juni 2021 gelang es der CSC-CNE-Delegation dieses Unternehmens, das auf kupferbeschichtetes Stahlband für

die Automobilindustrie spezialisiert ist, die Massenentlassung von 40 Arbeitnehmern am Standort Wandre zu stoppen. Derzeit verhandelt sie über einen angemessenen Frühpensionsplan innerhalb von drei Jahren für 18 Personen und über eine Prämie von 100 Euro pro Jahr Betriebszugehörigkeit für alle Beschäftigten.

Vollständige Einigung bei Renewi

Die Beschäftigten der wallonischen und Brüsseler Müllsammlung hatten sich seit Monaten unter anderem über chronischen Investitionsmangel in Material und die Missachtung der sozialen Konzertierungsgremien beschwert. Aus Sorge um die Zukunft traten sie im Juni 2021 in den Streik. Drei Tage später erhielten die Gewerkschaftsvertreter Zusagen in Bezug auf Investitionen, Arbeitsplatzqualität und soziale Konzertierung.

Lidl und Aldi: Siege in den Geschäften



Dank der Streiks im Oktober 2021 wurde eine Einigung für die Lidl-Beschäftigten erzielt, und zwar in Form von 42 zusätzlichen Arbeitsstunden pro Woche in den Filialen. Im darauffolgenden Monat knickte die Geschäftsleitung von Aldi ein, nachdem die Beschäftigten mobil gemacht haben, um zwecks Reduzierung ihrer Überlastung die Einstellung von Personal zu fordern. Die Gewerkschaftsdelegationen erreichten außerdem, dass in beiden Handelsketten unbefristete statt befristete Arbeitskräfte eingestellt werden und dass die mobilen Mitarbeiter (Springer) dort aufgestockt werden, wo es krankheitsbedingte Personalausfälle gibt.

In den Sektoren

Metallbau: Bahnbrechende Einigung

Im vergangenen Oktober erzielten die Verhandlungsführer im Metallbausektor eine historische Einigung über die künftige Lohnbildung, die Karriereplanung der Arbeitnehmer und den sozialen Dialog. Die Corona-Prämie wird in einen sektoralen Rahmen gegossen. Der nationale Mindestlohn im Metallbau, der 2026 die Marke von 15 Euro pro Stunde erreichen wird, ist ein Novum für den Sektor und weit darüber hinaus.

Dienstleistungsschecks: Der Kampf zahlt sich aus

Nach einem zehnmonatigen (!) Kampf wurde im Juni ein Abkommen über die Löhne, Fahrtkosten und Arbeitsbedingungen von Haushaltshilfen abgeschlossen und genehmigt. Ein erster Schritt in Richtung einer Verbesserung ihres Statuts. Der Kampf zahlt sich aus.

Abkommen im Baugewerbe

Das Abkommen sieht unter anderem eine Lohnerhöhung, eine Corona-Prämie und einen Ökoscheck in Höhe von 130 Euro vor. Auch im Bereich der Bekämpfung des Sozialdumpings wurden wichtige Fortschritte erzielt.

Auch eine Prämie für Reinigungskräfte von Subunternehmen in Krankenhäusern

Nach einer über einjährigen Kampagne, damit auch die Reinigungskräfte von Subunternehmen die einmalige Prämie erhalten, wird ihnen eine Solidaritätsprämie von 985 Euro brutto gezahlt.

Und nicht zu vergessen...

Belgien – Erweiterte Anerkennung von Corona als Berufskrankheit

Dank der Bemühungen der Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsausschuss von Fedris stimmte die Regierung zu, die Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit für Infektionen, die zwischen dem 18. Mai 2020 und dem 31. Dezember 2021 aufgetreten sind, zu erweitern.

Belgien – Anhebung der Niedriglöhne

Nach mehreren Jahren Verhandlungen und drängenden Forderungen hat die CSC es endlich geschafft: Am 1. April dieses Jahres wurden der Mindestlohn und der Beschäftigungsbonus für viele Arbeitnehmer erhöht, und für die meisten wurde der Sonderbeitrag zur Sozialversicherung gesenkt.

Belgien – Erfolgreiche Mobilisierung

Das ganze Jahr über haben zahlreiche Mobilisierungen für die Kaufkraft eine große Zahl von Militanten im ganzen Land zusammengebracht. Gestärkt durch die 87.000 Unterschriften der Petition, in der die Politiker zur Änderung des Lohnnormgesetzes aufgefordert wurden, erreichten diese Mobilisierungen am 20. Juni dieses Jahres ihren Höhepunkt, als 80.000 Demonstranten durch die Straßen von Brüssel zogen.



Belgien – Liste der Mangelberufe erweitert

Die Liste der Mangelberufe für die kombinierte Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung wurde von 10 auf 42 Berufe erweitert. Für die CSC Migranten, die an den Verhandlungen teilnahmen, ist dies ein großer Fortschritt. Er wird es ermöglichen, Druck auf andere Forderungen auszuüben, wie etwa den Zugang zu legaler Arbeit für Papierlose. Dank der Erweiterung dieser Liste können Rechtsfälle wieder aufgerollt werden.

Europa – Gerechter Lohn für Praktikanten und Auszubildende

2017 hatte das Europäische Jugendforum mit Unterstützung von u.a. dem EGB eine Beschwerde beim Europarat eingereicht, weil Belgien unbezahlte Praktika erlaubte. Der Europarat folgte den Beschwerdeführern. Der Minister für Beschäftigung, Pierre-Yves Dermagne, versprach, Maßnahmen zu ergreifen gegen „Praktika, die in Wirklichkeit versteckte Arbeit sind“.

International – Eine fünfte grundlegende Arbeitsnorm



Auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf (Foto) haben sich Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungen darauf geeinigt, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz als grundlegende Arbeitsnorm anzuerkennen. Alle Mitgliedsländer der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sind verpflichtet, diese Norm einzuhalten.

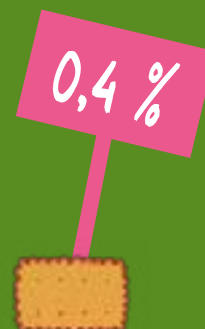
WAS WÄRE, WENN DIE DIVIDENDEN AN DIE ARBEITNEHMER VERTEILT WÜRDEN?

Die börsennotierten belgischen Unternehmen weisen für 2021 einen Rekordgewinn aus. Zwei von drei Unternehmen haben ihre Dividenden erhöht (wenn man die Unternehmen, die keine Dividenden zahlen, nicht mitzählt).



Würden diese Dividenden den Arbeitnehmern und nicht den Aktionären ausgeschüttet, würden unsere Löhne um 4 % steigen.

Stattdessen sind sie bei 0,4 % eingefroren...



Wenn die Dividenden an alle Arbeitnehmer (mit oder ohne Beschäftigung) verteilt würden, würde 2022 jeder Arbeitnehmer 1.907 € erhalten. Artikel 14 des Lohnnormgesetzes (das sog. Gesetz von 1996) erlaubt es, Dividenden zu begrenzen oder zu blockieren. Dieser Artikel wurde nie umgesetzt, nur unsere Löhne sind eingefroren.



48 PILOTEN GEHEN MIT RYANAIR VOR GERICHT

Mit Unterstützung der CSC haben 48 Piloten Ryanair vor das Arbeitsgericht von Charleroi vorgeladen. Die Löhne der Piloten sind seit der Corona-Krise um 20 % gesunken, nachdem Ryanair andernfalls mit der Entlassung von 66 Piloten gedroht hatte. Der Billigflieger hatte darauf hingewiesen, dass der Corona-Kontext erhebliche Einsparungen erfordere. Geschäftsführer Michael O'Leary hatte damals ebenfalls sein Gehalt gekürzt. Sein Lohn wurde wieder auf das frühere Niveau angehoben, das Gehalt der Piloten nicht.

Im Mai 2022 erklärte Ryanair in einem Bericht, dass die Löhne gesenkt wurden, um beim Neustart nach Corona von einer besseren Wettbewerbsposition zu profitieren und seinen Marktanteil weiter zu erhöhen. Das Unternehmen begrüßte im Übrigen, dass die Zahlen von Ryanair in Budapest von 18 % auf über 30 % gestiegen sind, in Irland von 49 % auf über 55 % und dass sich der Marktanteil in Schweden verdoppelt hat.

Das Gehalt von Geschäftsführer Michael O'Leary wurde wieder auf das frühere Niveau abgehoben, aber die Löhne der Piloten nicht. Weil Ryanair die wahre Ursache für die Lohnsenkung verschwiegen hat, fordern die Piloten eine vollständige Anhebung der Löhne auf das Niveau vor Corona. Die Lohnkürzungen haben nämlich nicht dazu beigetragen, die Beschäftigung zu erhalten. Ziel der Kürzung war es, die Konkurrenz durch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen noch mehr auszuschalten.

Die Piloten fordern im gleichen Zug die korrekte Zahlung der Indexierung von August 2019. Sie bitten das Gericht ebenfalls, von Ryanair die ordnungsgemäße Zahlung der Löhne für den Corona-Zeitraum zu fordern. Während dieser Zeit waren die Piloten vorübergehend arbeitslos. Ryanair musste für jeden Tag der Arbeitslosigkeit einen Zuschlag zahlen. Ohne die Vorschriften des Luftfahrtsektors einzuhalten, zahlte Ryanair diese Zulage jedoch nur einmal im Monat statt täglich.

Das Kabinenpersonal hat noch größere Schwierigkeiten: Die Arbeitnehmer werden beim Landesamt für soziale Sicherheit (LSS)

falsch gemeldet, Arbeitsunfälle werden nicht immer anerkannt, Stewards werden plötzlich ohne Rücksicht auf ihr Familienleben in andere Länder geschickt, Gewerkschaftsvertreter haben keinen Zugang zu unbefristeten Verträgen. In all diesen Bereichen hofft die CSC, die Strafverfolgung unterstützen zu können, die die Staatsanwaltschaft laut Ankündigung des Ministers im September einleiten wird.



© Belpress

PK 202 und PK 311: Löhne steigen ab September

Ab September steigen die Löhne in den Paritätischen Kommissionen (PK) 202 um 1 % und in der PK 311 um 2 %. Handelt es sich dabei um ein Geschenk? Nein, es ist das Resultat des Kampfes der Arbeitnehmer.

Diese Erhöhung kommt durch die automatische Indexierung, die durch die Gewerkschaften verhandelt wurde. Dank dieser Erhöhung kann Ihr Lohn den Entwicklungen der Lebenshaltungskosten folgen, ohne ihn neu verhandeln zu müssen. Ohne Indexierung wären Ihre Löhne also nicht angestiegen...

Die automatische Indexierung ermöglicht es auch, die Sozi-

alleistungen (Renten, Arbeitslosengeld, Familienleistungen) ein wenig an den Lebenshaltungskosten auszurichten. Sie ist also ein soziales Bollwerk. Aber die Indexierung ermöglicht es nicht, mit dem Anstieg der tatsächlichen Lebenskosten (Energie...) Schritt zu halten. Es ist dringend notwendig, unsere Löhne wieder frei verhandeln zu können! Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihre Delegation oder an das CNE-Sekretariat in Eupen.

CNE Eupen

087 85 99 26 - cne.eupen@acv-csc.be





Energierechnungen und steigende Lebensmittelpreise belasten das Budget der Haushalte stark!

Jetzt müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden!

✓ **Die Energie- und Spritrechnungen sind unbezahlbar.**

Das muss sofort aufhören!

Die Senkung der Mehrwertsteuer und der Akzisen sowie der Sozialtarif für Energie reichen nicht mehr aus. Als erstes sollte die Föderalregierung die „Übergewinne“ der Energiekonzerne und aller anderen Unternehmen, die sich übermäßig an der Inflation bereichern, hoch besteuern. Und die Bevölkerung an den Einnahmen aus dieser Steuer teilhaben lassen. Außerdem müssen wir Energie sparen und sie selbst produzieren, um nicht mehr von autoritären und unzuverlässigen Regimen abhängig zu sein. Alle Regierungen unseres Landes müssen heute massiv in diesem Sinne handeln.

✓ **Die Regierung verfügt über ein Gesamtbudget von 900 Millionen Euro, um die Renten und andere Sozialleistungen anzuheben.**

Trotz der Frist vom 15. September lehnen die Arbeitgeber jedes Abkommen über dieses Budget für das Wohlbefinden ab. Die Regierung muss daher JETZT entscheiden.

✓ **Die Löhne müssen erhöht werden,** aber das verstößt gegen das Lohnnormgesetz von 2017. Daher muss dieses schlechte Gesetz aufgehoben werden. Auch die Arbeitnehmer haben Anrecht auf einen gerechten Anteil an den Unternehmensgewinnen.

✓ **Hände weg von der Indexierung!** In diesen schwierigen Zeiten gibt es nichts, was unsere Haushalte und unsere Wirtschaft besser schützt als die automatische Lohnindexierung.

Die CSC fordert sehr kurzfristig Vereinbarungen und Ergebnisse durch die soziale Konzertierung. Gleichzeitig fordert sie, dass die verschiedenen Regierungen des Landes gemeinsam einen ehrgeizigen Aktionsplan vorlegen.

Also alle auf zur Kundgebung der Militanten am 21. September in Brüssel (10 Uhr, Place de la Monnaie), um diesen Forderungen Gewicht zu verleihen!



www.diecsc.be